Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Verhandlungen der ... Versammlung des ... Landtags des Freistaats Oldenburg

Staat Oldenburg

Oldenburg, [O.], Landtag 1.1849 - 6.1852; 30.1905/08 - 33.1916/19; 1.1919/20 - 5.1928/30[?]

3. Sitzung, 23.06.1928

urn:nbn:de:gbv:45:1-90141

Visual Library

Stenographischer Bericht

über

die Verhandlungen

der

1. Versammlung des V. Landtags des Freistaats Oldenburg.

Dritte Sitzung.

Oldenburg, den 23. Juni 1928, vormittags 10 Uhr.

Tagesordnung:
1. Gültigkeitserklärung der Wahl des Abg. Faber-Birkenfeld.
2. Mündlicher Bericht des Ausschusses 3 über den selbständigen Antrag des Abg. Dr. Schulte.
3. Bericht des Ausschusses 3 über den selbständigen Antrag des Abg. Themann.
4. Förmliche Anfrage des Abg. Brodek.
5. Selbständiger Antrag des Abg. Frerichs.

Vorsitzender: Präsident Zimmermann.

Am Regierungstische: Ministerpräsident v. Finckh, Ministerialräte Tantzen, Ostendorfl, Hennings, Regierungsrat Dr. Fischer.

Präsident: Ich eröffne die Sitzung und bitte den Herrn Schriftführer, das Protokoll der letzten Sitzung zu verlesen. (Abg. Brendebach verliest das Protokoll.) Sind Einwendungen gegen das Protokoll zu erheben? Das ist nicht der Fall. Dann erkläre ich das Protokoll für genehmigt. Vor Eintritt in die Tagesordnung teile ich mit, daß Herr Abg. Faber wieder in den Landtag eingetreten ist. Die heutige Sitzung ist die erste, an der er teilnimmt. Ich begrüße den Abg. Faber namens des Landtages. Die Wahl des Abg. Faber ist noch vom Landtage zu prüfen. Ich möchte vorschlagen, daß der Wahlprüfungsausschuß jetzt sofort zusammentritt, um sich mit dem Resultat der Sitzung des Verbandswahlausschusses zu beschäftigen. Ich bitte den Wahlprüfungsausschuß, sich in das Nebenzimmer zu begeben; die Prüfung wird nur einige Minuten in Anspruch nehmen. — Geschieht.

Ich eröffne wieder die Sitzung und gebe das Wort Herrn Abg. Hartong als Berichterstatter.

Abg. **Hartong:** In Gemäßheit des Berichts, den ich in der ersten Sitzung des Landtages namens des Wahlprüfungsausschusses erstattet habe, ist der Verbandswahlausschuß erneut zusammengetreten und hat die auf die einzelnen Parteien entfallenden Stimmen und Abgeordnetensitze neu festgesetzt und ist zu dem Resultat gekommen, daß der Abg. Faber als gewählt zu gelten hat, und daß dabei noch 2 Reststimmen für das Zentrum übrig bleiben. Der Wahlprüfungsausschuß beantragt, die Wahl des Abg. Faber nicht zu beanstanden und für gültig zu erklären.

Präsident: Das Wort wird nicht verlangt. Ich bitte die Abgeordneten, die die Wahl des Abg. Faber für gültig erklären wollen, sich zu erheben.

Landesbibliothek Oldenburg

— Geschieht. — Der Antrag ist angenommen. Herr Faber hat sich bereit erklärt, die Wahl anzunehmen.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr Abg. Röver.

Abg. **Röver:** Ich habe eine kurze Erklärung abzugeben zu der letzten Dienstagsitzung, die ich verlesen möchte.

Zu den Vorkommnissen in der letzten Plenarsitzung am Dienstag geben die Vertreter der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei folgende Erklärung ab:

Wir sind nicht gewillt, parlamentarische Gepflogenheiten vor das Volkswohl zu stellen. Wir werden vielmehr unbekümmert um die Meinung und Empfindlichkeit dieses Hauses mit aller erforderlichen Deutlichkeit unsere Weltanschauung im Dienste des Volkes vertreten. Die Kritik in den „Nachrichten für Stadt und Land", in der unsere Wähler als Hitlerjünger bezeichnet werden, weisen wir als unwürdig und unsachlich zurück und ersuchen die Zeitung, sachlich denkende Männer als Berichterstatter in den Landtag zu schicken. (Heiterkeit.)

Präsident: Ich gebe jetzt Herrn Abg. Brendebach das Wort zum Vortrage einer kurzen Anfrage.

Abg. **Brendebach:** Ist das Staatsministerium gewillt, jetzt die Untersuchungspflicht für Schlachtvieh auf den Versandbahnhöfen, soweit noch nicht geschehen, aufzuheben?

Schriftliche Beantwortung genügt mir.

Präsident: Die kurze Anfrage des Abg. Brendebach ist von der Regierung wie folgt beantwortet:

Der angeordnete Untersuchungszwang für Schlachtvieh auf den Versandbahnhöfen ist, mit Ausnahme des Amtes Vechta, in allen übrigen Amtsbezirken des Landesteils Oldenburg bereits vor längerer Zeit aufgehoben worden. Auch im Amte Vechta ist mit dem Zurückgehen der Seuche im Mai ein Teil der Bahnhöfe von dem Untersuchungszwange ausgenommen worden.

Nach weiterem Rückgang der Maul- und Klauenseuche (in der letzten Hälfte des Mai noch 4, im Juni noch 3 Neuausbrüche) ist nach einem Bericht des Amtes Vechta vor einigen Tagen auch die Untersuchungspflicht auf den in dem bisher noch als seuchengefährlich anzusehenden Bezirk gelegenen Bahnhöfen Lohne, Mühlen und Steinfeld aufgehoben worden, so daß hiernach zur Zeit im Landesteil Oldenburg eine Untersuchungspflicht nicht mehr besteht.

Ich gebe jetzt Herrn Lahmann das Wort zum Vortrage einer kurzen Anfrage.

Abg. **Lahmann:** Den Staatsbeamten ist das neue Gehalt im Anfang dieses Monats ausbezahlt worden. Den Volksschullehrern bis heute noch nicht. Ist das Staatsministerium bereit, Auskunft zu geben, weshalb die Auszahlung nicht zu gleichem Termin geschehen ist?

Schriftliche Antwort genügt mir.

Präsident: Die Staatsregierung hat darauf folgende Antwort gegeben:

Den Volksschullehrern konnte die neue Besoldung nicht gleichzeitig mit den Landesbeamten ausgezahlt werden, weil die Besoldung der Landesbeamten im einzelnen durch das Besoldungsgesetz für den Freistaat Oldenburg geregelt ist, während für die Volksschullehrer nur die Grundgehaltssätze und Stellenzulagen im Abschnitt I des Anhangs zur Besoldungsordnung für die Landesbeamten geregelt sind und die weiter erforderlichen Vorschriften auf Grund des § 40 Abs. 2 des Besoldungsgesetzes erst getroffen werden mußten und in einer Verfügung an die oberen Schulbehörden nach der Verkündung des Besoldungsgesetzes in den Gesetzblättern der drei Landesteile erlassen werden konnten.

Wir kommen jetzt zum 2. Gegenstand der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Ausschusses 3 über den selbständigen Antrag des Abg. Dr. Schulte.

Der Ausschuß stellt den Antrag:

Der Landtag wolle die von der Regierung in Aussicht gestellte Hilfsmaßnahme bewilligen und damit den selbständigen Antrag des Abg. Dr. Schulte für erledigt erklären.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage und gebe das Wort dem Berichterstatter und Antragsteller, Abg. Dr. Schulte.

Abg. Dr. **Schulte:** Meine Herren! Der Ausschuß hatte zu dem Antrage folgende 3 Fragen an die Staatsregierung bzw. die Staatliche Kreditanstalt gerichtet:

1. Ist die Staatsregierung in der Lage, durch eine Inlandsanleihe die gewünschten Mittel zu beschaffen?
2. Welchen Standpunkt nimmt die staatliche Kreditanstalt zu der gewünschten Umschuldungsaktion ein?
3. Welcher Betrag würde nach Ansicht der Regierung bzw. der staatlichen Kreditanstalt hierfür in Frage kommen?

Der Vertreter der Staatsregierung erklärte zu der ersten Frage:

Die Aufnahme einer Inlandsanleihe ist zur Zeit unmöglich, aussichtslos. Dasselbe gilt nach den bestimmten Erklärungen der Beratungsstelle in Berlin hinsichtlich einer Auslandsanleihe. Die staatliche Kreditanstalt schließt sich den Erklärungen der Staatsregierung an.

Der Regierungsvertreter wies jedoch darauf hin, daß es durch Vermittlung der Staatsregierung gelungen sei, Mittel öffentlich-rechtlicher Anstalten für

Landesbibliothek Oldenburg

die Kreditbedürfnisse kleiner Gewerbetreibender zu gewinnen. Sie sei bereit, auch für die im Antrage genannten Kreise in der gleichen Weise sich zu bemühen. Der Ausschuß erkannte an, daß die Mittel- und Klein-Industrie sich in bedrängter Lage befindet, sah sich aber andererseits veranlaßt, den Ausführungen des Herrn Regierungsvertreters und des Vertreters der staatlichen Kreditanstalt beizutreten und stellt den eben vom Präsidenten verlesenen Antrag.

Präsident: Das Wort wird nicht weiter verlangt?

Das Wort hat Herr Abg. Röver.

Abg. **Röver:** Ich habe im Ausschuß darauf hingewiesen, daß ich bereit sei, ein Expose zu halten, um klipp und klar zu zeigen, daß es möglich ist, den Betreffenden zu helfen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Hartong.

Abg. **Hartong:** Ich glaube, der Antrag ist nicht ganz richtig formuliert, denn wenn ich richtig verstanden habe, soll der Landtag etwas bewilligen. Der Landtag hat hier nichts zu bewilligen, sondern die Tätigkeit der Regierung ist eine rein vermittelnde, deswegen muß auch der Beschluß des Landtages anders lauten. (Zuruf: Billigen!) Wenn billigen gesagt wird, geht es. Im übrigen genügt es, wenn der Antrag lautet: Der Landtag wolle den selbständigen Antrag des Abg. Dr. Schulte durch die Erklärungen für erledigt erklären.

Präsident: Das Wort wird nicht weiter gewünscht. In dem Antrage steht „bewilligen". Es ist der Antrag so übermittelt, es muß aber heißen „billigen". Das Wort wird nicht weiter verlangt. Ich schließe die Beratung. Wir stimmen ab. Ich bitte die Abgeordneten, die den Antrag des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen.

3. Gegenstand ist der

Bericht des Ausschusses 3 über den selbständigen Antrag des Abg. Themann.

Der Bericht ist nicht vervielfältigt.

Der Ausschuß stellt den Antrag:

> Der Landtag wolle den selbständigen Antrag des Abg. Themann der Staatsregierung zur Prüfung überweisen mit der Maßgabe, daß der Oldenburgische Staat sich nach den vom Reich aufgestellten Grundsätzen an der Verbilligung der Umzugskosten für die Ostsiedler beteiligt.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage. Das Wort wird nicht verlangt. Ich schließe die Beratung und bitte die Abgeordneten, die den Antrag des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen.

4. Gegenstand ist die

Förmliche Anfrage des Abg. Brodek.

Ich gebe das Wort Herrn Abg. Brodek zum Vortrag und zur Begründung der förmlichen Anfrage.

Abg. **Brodek:** Meine Herren! Der Landwirtschaft sind vom Reich Umschuldungskredite bewilligt worden. Sie soll dafür 6% Zinsen, 1,7% Tilgung, ¾% Verwaltungskosten zahlen und bekommt statt 100 nur 93 M. ausbezahlt. Die Leistungen betragen demnach über 9%. Meine politischen Freunde halten eine solche Zinslast für zu hoch und bitten das Staatsministerium, Staatsrat Ahlhorn zu beauftragen, beim Reich dahin zu wirken, daß der Zinssatz herabgesetzt wird.

Nachdem Herr Röver angedeutet hat, daß er in der Lage ist, uns mitzuteilen, auf welche Weise billiges Geld zu haben ist, wird es angebracht sein, daß er diesen Weg zur Kenntnis bringt, damit die Regierung den Wink mit auf den Weg bekommt.

Präsident: Das Wort hat Herr Ministerialrat Tantzen.

Ministerialrat **Tantzen:** Die förmliche Anfrage des Abg. Brodek wird wie folgt beantwortet:

> Die landwirtschaftliche Umschuldungsanleihe der Landesbankenzentrale ist nach Mitteilung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft in Höhe von 25 Millionen Dollar abgeschlossen. Die Anleihe ist mit 6½% verzinslich, dazu kommt ein Verwaltungskostenbeitrag von 0,75% des ursprünglichen Darlehnsbetrages und bei einer Laufzeit von 30 Jahren ein jährlicher Tilungssatz von rund 1,17% der ursprünglichen Darlehnssumme, so daß sich eine Gesamtbelastung von 8,42% im Jahre ergibt.
>
> Die effektive Belastung für den letzten Darlehnsnehmer, dem die Mittel voraussichtlich zum Kurse von 93,17% ausbezahlt werden können, wird sich auf 7,21% belaufen, wozu noch der genannte Verwaltungskostenbeitrag von 0,75% und die Tilgungsrate von 1,17% kommt, also insgesamt 9,13% im Jahre.

Ich darf hinzufügen, daß die Staatsregierung bereits im Januar dieses Jahres bei den Reichsstellen einen Antrag auf Ermäßigung des Zinssatzes, gegebenenfalls Zinsverbilligung, gestellt hat, daß aber der Antrag der Oldenburgischen Regierung bei den Reichsstellen keine Berücksichtigung gefunden hat.

Präsident: Wenn keine Besprechung gewünscht wird, ist die förmliche Anfrage durch die Erklärung der Staatsregierung erledigt. (Abg. Röver meldet sich zum Wort.) Wenn Sie reden wollen, muß erst Besprechung beantragt werden. Ein solcher Antrag wird nicht gestellt. Dann ist die Angelegenheit erledigt.

Landesbibliothek Oldenburg

5. Gegenstand ist der

Selbständige Antrag des Abg. Frerichs.

Der Antrag lautet:

Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium hat nicht das Vertrauen des Landtages.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage und gebe das Wort Herrn Abg. Frerichs.

Abg. **Frerichs**: Meine Herren! Vor der Abstimmung über den von uns gestellten Antrag möchte ich folgende Erklärung abgeben, die ich mit Genehmigung des Herrn Präsidenten verlese: Das Schicksal des von uns gestellten Antrages, dem Staatsministerium das Vertrauen zu entziehen, ist uns nach den Erklärungen der Vertreter der einzelnen Parteien in der letzten Sitzung des Landtages nicht mehr zweifelhaft. Wir haben unsere Bemühungen, eine parlamentarische Regierung zu schaffen, in den letzten Tagen fortgesetzt, jedoch ohne Erfolg. Wir betonen, daß wir bereit gewesen sind, trotz der voraussichtlich ungünstigen Entwidlung der Finanzen des Staates verantwortlich in der Regierung mitzuarbeiten, entsprechend dem Willen eines erheblichen Teiles der Wählerschaft. Die Ursache des Scheiterns unserer Bemühungen ist zu suchen in dem Widerstand der für die Regierungsbildung in Betracht kommenden Parteien des Landtages, die nicht gewillt waren, das Ergebnis der Landtagswahlen vom 20. Mai entsprechend zu berücksichtigen. Trotzdem voraussichtlich der von uns gestellte Antrag heute abgelehnt wird, halten wir den jetzigen Zustand auf die Dauer nicht für tragbar und dem Wohle des Landes nicht förderlich, besonders, da das Zentrum hier erklärt hat, daß es die bisherige Regierungskoalition als aufgelöst und sich selbst nicht mehr als Regierungspartei betrachtet. Allerdings hat auch das Zentrum aus der gegebenen Sachlage nach unserer Meinung nicht die richtigen Konsequenzen gezogen. Die Verantwortung für die in Zukunft sich für das Staatsministerium und die Arbeiten des Landtages ergebenden Schwierigkeiten lehnen wir ab. Auch die kleinen Parteien im Landtag haben sich gegen den Mißtrauensantrag ausgesprochen, trotzdem sie eigentlich im Landtage vertreten sind auf grund ihrer agressiven Stellungnahme gegen die Staatsregierung und die Regierungsparteien während des Wahlkampfes. Die von einigen Seiten gegebene Begründung, zunächst die Maßnahmen der Regierung abwarten zu wollen, erscheint nach allem, was vorhergegangen ist, wenig stichhaltig. Deutlich klang aus verschiedenen Ausführungen im Hause die Abneigung und vielleicht auch Besorgnis gegen die tätige Mitwirkung der Sozialdemokratie an den Regierungsgeschäften hervor. Wir können dieses ertragen, sind aber der festen Ueberzeugung, daß trotz kleinlicher und manchmal gehässiger Abwehr die Sozialdemokratie auch hier im Lande marschiert und früher oder später die Regierungsgeschäfte maßgebend beeinflussen wird, zum Wohle der breiten werktätigen Schichten der Bevölkerung in Stadt und Land. Wir stehen zu diesem Staatsministerium, dessen Daseinsberechtigung wir nicht anerkennen können, in sachlicher aber scharfer Opposition. Auch hier im Landtage werden wir nach wie vor für das eintreten, was uns gerecht und notwendig erscheint. Um ein klares Abstimmungsergebnis zu erzielen, beantragen wir namentliche Abstimmung über den von uns gestellten Antrag.

Präsident: Es ist schon ein Antrag auf namentliche Abstimmung von dem Abg. Dannemann gestellt.

Das Wort hat Herr Abg. Röder.

Abg. **Röder**: Ich möchte zu der Erklärung des Herrn Abg. Frerichs folgendes sagen: Wir von der Wirtschaftlichen Vereinigung lehnen es ab, auf die Behauptungen des Herrn Frerichs, daß wir nur in den Landtag gekommen sind durch den Kampf gegen die jetzige Regierung, zu antworten. Herr Frerichs scheint jedenfalls unsere Wahlagitation, die wir nur in ganz geringem Maße betrieben haben, besser zu kennen als wir.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Röver.

Abg. **Röver**: Meine Herren! Ich schließe mich den Ausführungen des Herrn Vorredners an. Auch wir haben während des Wahlkampfes nicht die Regierung als solche angegriffen. (Widerspruch.) Herr Präsident: ich bitte um Ihren Schutz. (Klingelzeichen des Präsidenten.) Wir sind nicht hierher gekommen, um Theater zu machen. Wir National-Sozialisten sind überzeugt, daß bei dem heutigen parlamentarischen System weder eine Linksregierung das Volk retten wird, noch eine Rechtsregierung. Ich habe in der vorletzten Sitzung gesagt, daß das jetzige Beamtenministerium schlecht und recht den Umständen nach gearbeitet hat. Auch die neue Regierung, die kommen soll, kann es nicht besser machen. Wir hier im Oldenburger Ländchen haben nicht die große Politik zu machen. Wir haben nur die große Politik zu erkennen und daraus die Schlüsse zu ziehen, daß die Wege im Reiche vollkommen verfehlt sind und daß auch wir darunter leiden müssen. Ich bin bereit, der Wirtschaft in Oldenburg einen Weg zu zeigen, der gangbar ist, um aus dem Schlamassel herauszukommen. Sie wissen, daß viele Gemeinden den Beamten die Gehälter nicht mehr zahlen können, z. B. Brake, Varel, Elsfleth. Das ist eine traurige Tatsache. Ueber kurz oder lang wird dieses auch hier eintreten. Wir lehnen es ab, Parteipolitik zu treiben. Uns liegt ganz alleine das Wohl und Wehe des Volkes am Herzen. Das möchte ich zum Ausdruck bringen. Darum können wir uns eine neue Regierung nicht erlauben.

Landesbibliothek Oldenburg

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Schmidt.

Abg. **Schmidt:** Die demokratische Fraktion gibt zu dem Antrage über das Mißtrauensvotum folgende Erklärung ab: Wir haben schon in der letzten Sitzung erklärt, daß wir dem eingebrachten Mißtrauensvotum beitreten werden, um so eine Klarheit über die Mehrheitsverhältnisse im Landtage herbeizuführen. Nach den verschiedenen Erklärungen in der letzten Sitzung wird zwar der Antrag, der der Regierung das Vertrauen versagen will, heute keine Mehrheit finden, trotzdem wird damit die notwendige Klarheit nicht herbeigeführt. Diesen Zustand bedauern wir. Wir werden auch weiterhin bemüht bleiben, eine Regierung bilden zu helfen, die unabhängig von irgendwelchen Interessen Einzelner dem Gesamtwohl des Landes und der Bevölkerung zu dienen bereit ist, die auf wirtschaftlichem, kulturellem und sozialem Gebiet fortschrittlich denkt und handelt.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Hartong.

Abg. **Hartong:** Meine Herren! Auch ich kann namens meiner politischen Freunde mich auf das beziehen, was ich in der letzten Sitzung schon über den Antrag der Sozialdemokratie gesagt habe. Wir werden gegen das Mißtrauensvotum stimmen. Im übrigen möchte ich zu der viel angefeindeten Erklärung des Zentrums, daß sie sich nicht mehr als Regierungspartei fühlt, doch sagen, daß anscheinend vielerorts diese Erklärung bezw. diese Worte mißverstanden worden sind. Es ist selbstverständlich — ich lege Wert darauf, das auch namens des Landesblocks zu erklären, — daß das Verhältnis zwischen den bisherigen Regierungsparteien und der Regierung künftig ein anderes ist, als bisher. Das ist ganz selbstverständlich. Die Regierung steht freier da als sie bisher gestanden hat. Sie wird, wie ich die Regierungserklärung aufgefaßt habe, auch künftig den Staatsnotwendigkeiten dienen und dabei der Zusammensetzung des Landtages selbstverständlich Rechnung tragen ohne Rücksicht auf bestimmte Parteien. Das hat die Regierung übrigens, wie ich in diesem Zusammenhange sagen möchte, auch früher schon getan. (Zuruf: Na, Na.)

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Wempe.

Abg. **Wempe:** Meine Herren! Durch die Vorredner ist der Standpunkt, den das Zentrum eingenommen und in seiner Erklärung zum Ausdruck gebracht hat, richtig aufgefaßt und dargelegt worden. Wir wollten zum Ausdruck bringen, daß wir die jetzige Regierung gewählt haben, daß wir mit ihr zusammen gearbeitet haben, und daß keine sachliche neue Gesichtspunkte zutage getreten sind, die uns veranlassen können, der Regierung positiv das Vertrauen zu versagen. Wenn ich dann weiter erklärt habe, daß wir uns nicht mehr als Regierungspartei fühlen, so sollte das eben der Ausdruck dafür sein, daß wir dem veränderten Kräfteverhältnis im Landtage Rechnung tragen und feststellen wollen, daß wir nicht mehr zu einer Koalition von Parteien gehören, die sich an die Regierung gebunden und die Verantwortung für die Geschäftsführung der Staatsregierung übernommen hat. Wir haben zum Ausdruck bringen wollen, daß dieser Zustand mit der Neuwahl des Landtages ein Ende hat, daß wir auf die Geschäftsführung der Regierung weder Einfluß haben, noch auch gegebenenfalls die Verantwortung dafür übernehmen wollen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Frerichs.

Abg. **Frerichs:** Gestatten Sie mir noch ein paar Worte. Die Ausführungen des ersten Herrn Vorredners kann ich wohl übergehen. Es scheint mir so, als ob sich irgend jemand getroffen gefühlt hätte. Zu den Ausführungen der letzten beiden Redner möchte ich sagen, daß wir die Situation doch wohl ganz richtig erfaßt haben. Das Zentrum hat gesagt, daß es sich nicht mehr als Regierungspartei betrachtet, daß es die Verantwortung für das, was die Regierung tun wird, nicht mehr übernehmen will. Das bedeutet natürlich auch, daß die Grundlage, auf der die Regierung bisher gestanden hat, nicht mehr vorhanden ist, daß mit anderen Worten die Regierung jetzt zwischen allen Parteien hängt. Das haben wir zum Ausdruck bringen wollen und das scheint der tatsächliche Zustand zu sein. Weil das so zu sein scheint, halten wir das auf die Dauer nicht für tragbar. (Zuruf: Die Regierung steht über den Parteien!) Nein, zwischen den Parteien!

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Lehmkuhl.

Abg. **Lehmkuhl:** Ich möchte darauf hinweisen, daß sich doch im Oldenburgischen Landtag die Verhandlungen nicht so abgespielt haben, daß nur eine Partei mit Gewalt ihren Willen durchsetzen wollte und vielleicht durch ihr zahlenmäßiges Uebergewicht die anderen an die Wand drücken wollte. Ich darf z. B. darauf hinweisen, daß ich als Einzelgänger doch verschiedentlich die Freude gehabt habe, im Finanzausschuß, daß Anträge einstimmig zur Annahme gelangt sind. Auch die Sozialdemokraten haben doch wirklich manches durchgesetzt, was sie für richtig und gut hielten. Ich möchte doch dem Einwand entgegentreten, daß die Regierung zwischen den Parteien hängt. Die Lage unserer Regierung ist so, daß sie sich auf die vernünftigen Leute aller Parteien stützen kann.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Frerichs.

Landesbibliothek Oldenburg

Abg. **Frerichs:** Meine Herren! Ich will dem Herrn Abg. Lehmkuhl gern bestätigen, daß seine Partei es hier im Landtage nie darauf angelegt gehabt hat, den eigenen Willen durchzusetzen. Ueber das andere wollen wir nicht streiten, sondern wollen es der Zukunft überlassen.

Präsident: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte die Abgeordneten, die den Antrag des Abg. Frerichs annehmen wollen, bei Aufruf des Namens mit ja, die ihn ablehnen wollen, mit nein zu antworten.

Addicks nein, Albers ja, gr. Beilage nein, Brendebach nein, Brodek ja, Broschko ja, Dannemann nein, Dohm nein, Eckholt nein, Eichler nein, Faber nein, Fick ja, Frerichs ja, Göhrs nein, Hagstedt ja, Hartong nein, Haskamp nein, Heitmann ja, Hobbie nein, Hug ja, Jacobs ja, Janßen nein, Iffland ja, Kaper ja, Krause ja, Lahmann ja, Lehmkuhl nein, Meyer (Oldenburg) ja, Meyer (Holte) nein, Möller ja, Müller fehlt, Nieberg nein, Petters ja, Röder nein, Röver nein, Sante nein, Schmidt ja, Schömer ja, Schröder nein, Schulte nein, Themann nein, Thye nein, Vaske nein, Wempe nein, Weyand nein, Wichmann nein, Wittje ja, Zimmermann ja.

Der Antrag ist mit 27 gegen 20 Stimmen abgelehnt. (Zuruf von links und rechts.)

Da wir am Ende unserer Tagesordnung sind, möchte ich, daß das Protokoll jetzt verlesen wird. (Abg. Wichmann verliest das Protokoll.)

Das Wort hat zu einer persönlichen Erklärung Herr Abg. Röver.

Abg. **Röver:** Zu den Ausführungen des Herrn Abg. Brodek ein paar Worte: Ich bitte Sie, mir bald Gelegenheit zu geben, die Wege zu zeigen, wie wir aus dem Dreck herauskommen. (Heiterkeit.)

Präsident: Meine Herren! Wir sind am Schlusse unserer Tagung angelangt. Ich danke Ihnen für Ihre Mitarbeit und wünsche Ihnen im Namen des Gesamtvorstandes während der Ferien gute Erholung und hoffe auf ein gesundes Wiedersehen beim nächsten Zusammentritt, insbesondere wünsche ich dem noch wegen Krankheit fehlenden Abg. Müller baldige Genesung, damit der Landtag bei seinem nächsten Zusammentritt vollzählig versammelt ist. Ich schließe die Sitzung und vertage den Landtag auf unbestimmte Zeit.

(Schluß: 10,50.)

Landesbibliothek Oldenburg